

STADT AHRENSBURG - STV-Beschlussvorlage -		Vorlagen-Nummer 2007/053
öffentlich		
Datum 09.05.2007	Aktenzeichen	Federführend: Frau Haase

Betreff

Erlass der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2007

Beratungsfolge	Datum	Berichterstatter
Gremium		
Finanzausschuss	22.05.2007	
Stadtverordnetenversammlung	25.06.2007	

Beschlussvorschlag:

Der 1. Nachtragshaushaltssatzung 2007 wird in der als **Anlage 1** beigefügten Fassung zugestimmt.

Sachverhalt:

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 29.01.2007 den Haushalt 2007 und die Finanz- und Investitionsplanung der Jahre 2006 bis 2010 beschlossen. Eine Säule des Verwaltungshaushalts neben dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer bildet die Gewerbesteuer. Deren Aufkommen wurde auf der Basis des Vorjahresergebnisses und der bekannten Vorauszahlungen für 2007 mit 22,5 Mio. € und für die Folgejahre bis 2010 mit 22,0 Mio. € veranschlagt.

Diese Ansätze bedürfen nach der erst im März 2007 bekannt gewordenen Fusion eines Betriebs in 2006 und dessen Wegzug aus Ahrensburg ab 2007 der Korrektur, da durch diesen Betrieb erhebliche Gewerbesteuern entrichtet wurden. Konkrete Berechnungen sind nach den Bescheiden des Finanzamtes seit Anfang April 2007 möglich. Danach sind für die Jahre 2006 und 2007 durch eine Reduzierung der Vorauszahlungen statt ca. 5,0 Mio. € nur rd. 1,0 Mio. € zu zahlen, davon ca. 200.000 € für 2007. Um den Haushalt 2007 abzusichern wurde zunächst durch die Bürgermeisterin eine Haushaltssperre verfügt. Der Finanzausschuss wurde am 24.04.2007 über die Entwicklung in Kenntnis gesetzt. Zur dauerhaften Absicherung des Haushalts 2007 durch die eingetretenen Einnahmeausfälle hat die Verwaltung die Aufstellung eines 1. Nachtragshaushaltes empfohlen.

Nach § 80 GO ist der Erlass einer 1. Nachtragshaushaltssatzung notwendig, da für die Mindereinnahmen im Haushalt 2007 keine Deckung vorhanden ist. In diesem Zuge sollen auch weitere erste notwendige Anpassungen erfolgen.

Verwaltungshaushalt/Einnahmen:

Von E.ON Hanse wird für die Zeit vom 01.01.2004 bis 30.09.2006 eine Konzessionsabgabennachzahlung von geschätzt 700.000 € erwartet und gegebenenfalls von der Gasversorgung Ahrensburg GmbH (GAG) einzuklagen sein. Konzessionsabgabe und Schadensersatzanspruch konnten erst kürzlich kalkuliert und E.ON Hanse mitgeteilt werden. Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit ist bei einer Klageeinreichung davon auszugehen, dass es in diesem Jahr zu keiner abschließenden Entscheidung mehr kommen wird. Daher wird der Haushaltsansatz verschoben.

Aufgrund der Ausführungen auf Seite 1 wird der Haushaltsansatz der Gewerbesteuern um 3 Mio. € auf 19,5 Mio. € reduziert. Gegenwärtig liegt das Anordnungssoll trotz der geleisteten Rückzahlung und der notwendigen Anpassung für 2007 bereits wieder bei rd. 18,15 Mio. €.

Verwaltungshaushalt/Ausgaben:

Insgesamt sind bei 3 Positionen 50.000 € Planungskosten für die notwendige Archiverweiterung, aber insbesondere die Vorbereitung und Durchführung von Zukunftswerkstätten, bereitzustellen. Diese Veranschlagung basiert auf den gegenwärtig laufenden Beratungen zu den Zukunftswerkstätten für die Themen Stadtentwicklung und Nordtangente, resultierend aus entsprechenden Anfragen aus der Bevölkerung (Einwohnerversammlung) und der Selbstverwaltung.

Von den Gewerbesteuereinnahmen (IST) hat die Stadt einen Anteil von 20,85 % als Gewerbesteuerumlage an Bund und Land abzuführen. Hierbei handelt es sich für 2007 um 73 % des Messbetragsaufkommens. Bei einem Gewerbesteuervolumen von nur noch 19,5 Mio. € beträgt die Gewerbesteuerumlage rechnerisch rd. 4,1 Mio. €. Die tatsächliche Zahlung wird von dieser Ermittlung abweichen, da zunächst für das IV. Quartal nur eine Vorauszahlung in Höhe des III. Quartals zu zahlen ist.

Der Zuführungsbetrag des Verwaltungshaushalts an den Vermögenshaushalt, der gesetzlich die Höhe der Tilgungsausgaben für Kommunalkredite erreichen muss und darüber hinaus der Finanzierung der städtischen Investitionen dient, sinkt durch die gravierenden Mindereinnahmen und die dargestellten Mehrausgaben um 3,150 Mio. € ab. Der Zuführungsbetrag von neu 1,475 Mio. € übersteigt weiterhin die Tilgungsausgaben erheblich und stellt daher in Höhe von rd. 1 Mio. € einen Beitrag zur Finanzierung der weiterhin veranschlagten Investitionen dar.

Vermögenshaushalt/Einnahmen:

Im Rahmen des Jahresabschlusses 2006 konnte insbesondere auf dem Hintergrund der positiven Gewerbesteuerentwicklung von mehr als 25 Mio. € auf einen Teilkredit und eine Entnahme aus der Allgemeinen Rücklage verzichtet werden. Daher steht zum Ausgleich des Vermögenshaushalts ein Betrag von bis zu 1,88 Mio. € zur Verfügung. Ein Teilbetrag von rd. 1,67 Mio. € soll zum Haushaltsausgleich 2007 eingesetzt werden.

Die GAG hat vor Aufnahme des Geschäftsbetriebs erhebliche Investitionen insbesondere für den Kauf des Leitungsnetzes, für die Trennung des Gasnetzes von E.ON Hanse etc. getätigt. Insgesamt wurde der Gesellschaft ein Betrag von 1.043.800 € als Darlehen gewährt, weitere 4,6 Mio. € hat die Stadt ihr 2006 als Eigenkapital zugeführt. Der Aufsichtsrat

der GAG hat empfohlen, den Darlehensbetrag ebenfalls in Eigenkapital der Gesellschaft umzuwandeln. Diese Empfehlung ist in diesem Nachtragsentwurf zugunsten der GAG und deren Liquiditätsbetrachtung eingearbeitet. Das Eigenkapital ist gegenüber der Stadt angemessen zu verzinsen. Über die Eigenkapitalerhöhung wird unabhängig vom Nachtragshaushalt noch eine gesonderte Vorlage erarbeitet.

Vermögenshaushalt/Ausgaben:

In Höhe von rd. 10.000 € ist die Stadt Ahrensburg verpflichtet, einen Ausbaubeitrag zu erstatten. Der Anspruch wurde gerichtlich überprüft. Der Bau- und Planungsausschuss wird im Rahmen einer Vorlage am 06.06.2007 detailliert informiert.

Der Ausgleich des Vermögenshaushalts erfordert, um eine zusätzliche Kreditaufnahme zu vermeiden, weitere Anstrengungen. Im Rahmen der begonnenen Grunderwerbsverhandlungen für den Haltepunkt Nord (Gartenholz/Gewerbegebiet Nord) der Regionalbahn wurde erreicht, dass der Kaufpreis erst im März 2008 zur Auszahlung kommt. Um dennoch schon in diesem Jahr – nach einer entsprechenden Beschlussfassung der städtischen Gremien per Einzelvorlage – den Kaufvertrag abschließen zu können, ist die Veranschlagung einer Verpflichtungsermächtigung für 2008 in Höhe von 2,1 Mio. € erforderlich.

Außerdem wird vorgeschlagen, die Beiträge für durch den Eigenbetrieb Stadtentwässerung durchgeführte Kanalbaumaßnahmen im Gewerbegebiet Beimoor Süd um ein Jahr zu verschieben. Hierdurch lassen sich weitere 438.000 € in 2007 „einsparen“. Dem Eigenbetrieb entstehen nach Auskunft des Werkleiters daraus keine Probleme.

Eine weitere Verpflichtungsermächtigung von 4,5 Mio. € wird erbeten, um Verhandlungen für eine Erweiterung des Gewerbegebietes Beimoor Süd führen zu können. Die Erweiterung wäre im Hinblick auf die Nachfrage größerer Flächen und die Aufstellung eines weiteren B-Plans angrenzend an B-Plangebiet 82 sinnvoll und vorsorgend. Die Auszahlung wird sich, sollten die Verhandlungen erfolgreich sein, über mehrere Jahre erstrecken.

Pepper
Bürgermeisterin

Anlagen:

Anl. 1: I. Nachtragshaushaltssatzung 2007

Anl. 2: 1. Nachtrag 2007